

Das kann nicht gutgehen

Von Bettina Bäumlisberger, Hans-Jürgen Moritz, Rainer Pörtner, Frank Thewes, Cordula Tutt, Sandra Zistl und Thomas Zorn

Dramatische Zahlen und neue Studien bestätigen die Westerwelle-Thesen vom überforderten Sozialstaat. Immer weniger Leistungsträger müssen immer mehr Leistungsempfänger finanzieren. Das Problem der FDP: Radikale Rhetorik fällt leichter als radikale Reformen

(...) Der deutsche Sozialstaat verspricht zu vielen Menschen zu viel. Und er kann immer weniger Beschäftigte dafür zur Kasse bitten. In kaum einem Industriestaat haben Langzeitarbeitslose nach der neuesten Erhebung der OECD so wenig finanzielle Anreize, eine gering bezahlte, aber Existenz sichernde Arbeit anzunehmen wie in Deutschland. Regulär beschäftigte Personen unterlägen schon bei einem geringen Verdienst "einer relativ hohen Steuer- und Abgabenbelastung".

Das ist eigentlich Wasser auf die Mühlen der FDP, die den Übergang vom bloßen Arbeitslosengeld-II-Empfänger zum Vollzeit-Arbeitnehmer fließender gestalten will. Bislang dürfen Arbeitnehmer nur die ersten hundert Euro von einem Hinzuverdienst komplett behalten. Das macht die Kombination "Hartz IV plus Minijob" interessant, nicht aber eine 40-Stunden-Woche für 1600 Euro Monatsbrutto. "Herr Westerwelle hat Recht, dass die Belastung für Arbeitnehmer durch Abgaben und Steuern sehr hoch ist", sagt Martin Gasche vom Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA). Die Einnahmen für den Sozialstaat stammten vornehmlich aus den Löhnen der Beschäftigten. "Das schreckt im Prinzip vor dem Arbeiten ab."

Wie viele andere Experten halten die Mannheimer Demografie-Forscher deshalb zum Beispiel eine Gesundheitsprämie unabhängig vom Lohn für angemessen - die alle Erwachsenen zahlen sollten. Doch mit dieser Kopfpauschale sowie mit ihrem Konzept eines Bürgergelds, das alle steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammenfasst und schlecht bezahlte Arbeit über Steuerzuschüsse aufstocken soll, beißen die Liberalen bei der Union auf Granit. Das sei unbezahlbar, heißt es unisono aus Kanzleramt und Finanzministerium. (...)

Der vollständige Artikel erschien im Focus am 22. Februar 2010.